

book was being taken into the printing Press, news had come by saying that the People of Phillipines have overthrown the authoritarian and dictatorial regime of Ferdinand Marcos. But is it not true that the final overthrow of this vicious dictator by a seemingly bloodless mass action was a result of many years of armed struggles by various sections of the people of Phillipines?

All in all Professor Espiritu has made a good study and issues raised in the study are so interesting and controversial that no one seriously interested in law, development and human rights can ignore them. It is a must reading.

*Segondo E. A. Mwungi*

*Karl J. Newman*, unter Mitarbeit von *Heinz Pankalla* und *Robert Krumbein-Neumann*  
**Pakistan unter Ayub Khan, Bhutto und Zial-ul-Haq**

Arnold Bergsträsser-Institut, Materialien zur Entwicklung und Politik, 28. Weltforum Verlag, München, Köln, London, 1986, 190 S., DM 44,—

Pakistan wird in Kürze seinen 40jährigen Unabhängigkeitstag begehen (14. August 1987). Das Land hat in dieser Zeit eine unruhige und schmerzvolle Entwicklung durchgemacht. Wenn es sich im Großen und Ganzen auch gefestigt und internationales Ansehen gewonnen hat, so ist sein Werdegang doch noch nicht vollendet. Viele innere Probleme stehen noch zur Regelung offen; und außenpolitische Probleme kommen dazu aufgrund der geo-strategischen Lage des Landes im Spannungsfeld zwischen den beiden Weltmächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika, im nun schon über 7 Jahre dauernden Konflikt um Afghanistan. Pakistan hat einen Flüchtlingsstrom von rd. 3 Millionen Menschen aus Afghanistan aufgenommen mit allen daraus entstehenden Problemen und hat gegen das von den Sowjets gestützte kommunistische Regime in Kabul Stellung bezogen. Es hat den afghanischen Widerstandsorganisationen Zuflucht gewährt und ihnen Hilfe geleistet. Es sieht sich dadurch dem Unwillen der Sowjetunion und daraus resultierenden Gefahren ausgesetzt. Andererseits genießt Pakistan die massive Unterstützung der USA, der westlichen Welt und der arabischen Staaten. Pakistan hat durch diese Situation wichtige internationale Bedeutung erlangt und nimmt in der aktuellen Konfliktsituation eine Schlüsselstellung ein.

Angesichts dieser Lage ist es zu begrüßen, daß die vorliegende Schrift von Professor Karl J. Newman und seinen Mitarbeitern jetzt im Rahmen der Veröffentlichungen des Arnold-Bergsträsser-Instituts erschienen ist, um genauere Informationen über Pakistan zu vermitteln. Bisher gibt es in Deutschland kaum entsprechende Literatur, so daß eine empfindliche Lücke gefüllt wird. Hervorzuheben ist noch, daß wir in dem Autor einen ausgezeichneten, kompetenten Sach- und Landeskenner haben, der lange und entscheidende Jahre (als ordentl. Professor 1950–1961 an der Universität Dacca und später als Gastprofessor an der Universität in Islamabad) verbracht hat, viele der zeitgenössischen

Persönlichkeiten kannte und auch von offizieller pakistanischer Seite um seinen Rat in Verfassungsfragen gebeten wurde. Professor Newman, der gegenwärtig an der Universität in Köln tätig ist, hat zahlreiche Einzelarbeiten über Pakistan veröffentlicht, nunmehr aber im vorliegenden Buch seine Kenntnisse und Erfahrungen zusammengefaßt und damit eine weitere Übersicht über die politische und verfassungsrechtliche Entwicklung Pakistans veröffentlicht.

Das Buch umfaßt die Periode von 1958 bis 1985 unter den drei im Titel genannten Staatshäuptern. Der Autor hat in einer Einleitung aber eine Schilderung der Entwicklungen von der Staatsgründung 1947 an vorangestellt, so daß das Bild vollkommen ist. Gegenwärtig führt der General Zia-ul-Haq, der am 30. Dezember 1985 das Kriegsrecht aufgehoben hatte, noch das Regiment, und zwar im Sinne gemäßigter Demokratisierung. Er hat neben sich ein Parlament, das von seinem tatkräftigen Präsidenten Syed Fakhar gut geleitet wird. Außerdem hat Zia-ul-Haq den Ministerpräsidenten Mohammed Khan Junejo in den Vordergrund gerückt, dem im gut abgestimmten Wechselspiel mit ihm ein fast reibungsloser Übergang vom Militärregime zu einer Zivilregierung gelungen ist. Übrigens machte Junejo im Juli 1986 einen offiziellen Besuch in Bonn, wo er einen guten Eindruck hinterließ. Er kannte Deutschland bereits von mehreren früheren Aufenthalten. Ein neues Element der Unruhe kam in die pakistanische Politik im April 1986 durch die Rückkehr von Benazir Bhutto, der Tochter des früheren pakistanischen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto, der 1977 gestürzt und wegen Ermordung eines politischen Gegners verurteilt und hingerichtet worden war. Ihr wurde von großen Menschenmassen ein triumphaler Empfang bereitet.

Ziel der 32jährigen, sehr aktiven Politikerin, die die große Redebegabung ihres Vaters geerbt hatte, ist es, die zerstrittene Opposition gegen Zia-ul-Haq zu einen und die von ihrem Vater begründete Volkspartei PPP wieder an's Ruder zu bringen. Sie forderte Wahlen noch in diesem Jahr statt erst 1990, was sie aber nicht durchsetzen konnte. Doch die Begeisterung um sie hat schon nachgelassen. Immer häufiger wird Kritik an ihrem eigenmächtigen Vorgehen geübt und an ihrer Art, fehlende Konzepte durch Schlagworte zu ersetzen. Sie hat bisher auch keinerlei demokratische Legitimation. Allein der Bezug auf den Nimbus ihres berühmten Vaters nützt nichts, zumal seine Regierungszeit keineswegs als Glanzstück wohlverstandener Demokratie bezeichnet werden kann, sondern eher dem Stil absolutistischer Mogulherrschaft entsprach und auch so kritisiert wurde. Nicht unbegründet führte das zu seinem Sturz.

Auch für die Beurteilung dieser aktuellen Entwicklungen ist es wichtig, die Vorgeschichte zu kennen, die im besprochenen Buch ausführlich dargestellt ist.

Der Autor stellt abschließend die Frage »Hat Pakistan eine demokratische Zukunft?« und bezieht sich dabei auf die Schicksalsfrage der pakistanischen Staatsform, die er schon 1951 wie folgt formulierte:

»Das Kardinalproblem islamischen politischen Denkens heute ist, eine Synthese zwischen dem Islam und dem sozialen und ethischen Erbe der westlichen parlamentarischen Demokratie zu finden . . . Viele glauben heute, dies sei unmöglich und daß die Länder der Moslems der modernen Demokratie den Rücken kehren und ihren eigenen Weg ge-

hen sollten; oder den westlichen Säkularismus akzeptieren und nur ein Lippenbekenntnis den Grundsätzen der islamischen sozialen und politischen Ethik zollen sollten . . .«

Der Autor verweist auf die beträchtlichen Unvollkommenheiten und Schwächen des pakistanischen Parteiensystems, das sich als Garant der demokratischen Entwicklung verstehen sollte. Er kommt dann zu dem Schluß: »Dennoch ist in Pakistan das Bewußtsein, daß die parlamentarische Demokratie die legitime Staatsform darstellt, so stark, daß sich auch Staatsoberhäupter, die durch Wort und Tat ihre Zweifel an der Eignung der westlichen Modelle – wenn auch mit Einschränkungen – bekundeten, letzten Endes mit dem Programm des Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah identifizieren«, das die islamischen Traditionen mit denen der westlichen parlamentarischen Demokratie verbinden wollte. Er gibt dazu Beispiele aus der Zeit der Staatsgründung. – So mögen die Aussichten für die Zukunft nicht so schlecht sein.

*Gerhard Moltmann*

*Dieter Braun/Karlernst Ziem*

**Afghanistan im siebten Jahr sowjetischer Besetzung – militärische Eskalation und politische Lösungsversuche.**

Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, September 1986, 142 S.

Nach siebenjährigem grausamen Krieg in Afghanistan, mit verhärteten Fronten, ohne Aussicht auf ein Ende scheint sich nunmehr doch etwas zu bewegen. Das kommunistische Regime in Kabul hat zu nationaler Versöhnung aufgerufen und einen entsprechenden Plan vorgelegt sowie gleichzeitig einen Waffenstillstand für 6 Monate ab 15. Januar 1987 verkündet. Vorausgegangen waren die Erklärungen des sowjetischen Staatschefs Gorbatschow in Wladiwostok im Juli 1986 und während seines Indienbesuches im Dezember 1986 sowie die plötzliche Reise des sowjetischen Außenministers Schewardnase mit dem im Zentralkomitee für internationale Angelegenheiten zuständige Sekretär Dobrynin Anfang Januar 1987 nach Kabul, die auf eine politische Lösung der Afghanistan-Frage hinzielten und den Truppenabzug in Aussicht stellten. Daß auf Seiten des afghanischen Widerstands, dem in erster Linie zuständigen nationalen Gesprächspartner, aber auch auf internationaler Ebene starke Vorbehalte und Befürchtungen gegen die sowjetisch-afghanische Initiative bestehen ist dabei verständlich.

Das von den Sowjets bekundete Interesse und die unter ihrem Einfluß vorgebrachten Versöhnungspläne des afghanischen Regimes in Kabul sollten – bei allen bestehenden Bedenken dagegen – wohl nicht einfach abgelehnt, sondern hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für eine wirklich annehmbare politische Lösung sondiert werden.

Bei dieser außerordentlich bedeutsamen neuen internationalen Situation liegt gerade rechtzeitig die grundlegende Arbeit aus dem Kreis der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen vor, die die Entwicklungen um das Afghanistan-Problem in nationaler,